



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Barbara Becker, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Dr. Andrea Behr, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Melanie Huml, Petra Högl, Andreas Jäckel, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Martin Mittag, Jenny Schack, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Fehlgeburten enttabuisieren, Frauen besser unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umfassend über das Thema Fehl- und Totgeburten zu berichten. Dabei sollte insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Wie viele Tot- und Fehlgeburten gibt es jährlich in Bayern bzw. Deutschland?
- Auf welche Weise werden die Tot- und Fehlgeburten statistisch erfasst und wie werden diese Daten insbesondere für die weitere Forschung transparent gemacht?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um über das Risiko von Fehl- und Totgeburten aufzuklären und in welchem Rahmen passiert dies?
- Wie häufig wird das Trauma einer Fehlgeburt zu einer psychischen Belastung bzw. sogar psychischen Störung?
- Gibt es Möglichkeiten der Prävention? Wenn ja, welche?
- Wie kann die Beratung – auch über die Rechte der Frauen in dieser schweren Zeit nach einer Fehl- oder Totgeburt – weiter gestärkt werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es für betroffene Eltern, ihre tot- oder fehlgeborenen Sternenkinder gewichtsunabhängig wohnortnah zu bestatten?

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit das Thema auch im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen angesprochen werden kann. Ziel ist, das Thema Fehl- und Totgeburten zu enttabuisieren und den betroffenen Frauen und deren Familien in dieser schweren Zeit beizustehen.

Begründung:

Fehlgeburten betreffen viele Frauen. Es wird angenommen, dass etwa 10 bis 20 Prozent der bestätigten Schwangerschaften mit einer Fehlgeburt enden; insgesamt dürfte die Zahl noch höher liegen, da Fehlgeburten, die sehr früh in der Schwangerschaft auftreten, oft unbemerkt bleiben. Trotz dieser hohen Zahlen sind Fehl- und Totgeburten ein Thema, über das kaum gesprochen wird. Hier bedarf es einer Enttabuisierung, auch um der damit oft einhergehenden psychischen Belastung oder gar Traumatisierung entschieden entgegenzutreten und die betroffenen Frauen bei Bedarf in der Bewältigung zu unterstützen.

Eine Fehl- oder Totgeburt ist für eine werdende Mutter ein einschneidendes Erlebnis und nicht in wenigen Fällen traumatisierend, was auch am mangelnden Wissen über die Häufigkeit von Fehlgeburten oder die möglichen Gründe für einen Abort liegen kann. Hier bedarf es einfühlsamer Informationsangebote ebenso wie der persönlichen Unterstützung etwa vonseiten der Ärztinnen und Ärzte, aber auch psychosozialer Beratung bei Bedarf. Dazu zählt auch Wissen um die medizinischen Möglichkeiten nach einem Abort und die den betroffenen Frauen zustehende Rechte (ab wann Mutterschutz möglich ist, Anspruch auf Hebammenbetreuung etc.).

Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention stellt insgesamt das Thema Frauengesundheit in diesem Jahr in den Fokus. Das Thema Tot- und Fehlgeburten bedarf auch im Hinblick auf mögliche psychische Folgen einer sensiblen Öffentlichkeit. Dies zu gewähren ist auch Aufgabe der Ärztinnen und Ärzte, deren Beratung hier eine Schlüsselrolle zukommt. Diese gilt es, gemeinsam im richtigen Setting weiter zu stärken.